

Krol, Gerd-Jan

Ökologie als Bildungsfrage? Zum sozialen Vakuum der Umweltbildung

Zeitschrift für Pädagogik 39 (1993) 4, S. 651-672



Quellenangabe/ Reference:

Krol, Gerd-Jan: Ökologie als Bildungsfrage? Zum sozialen Vakuum der Umweltbildung - In: Zeitschrift für Pädagogik 39 (1993) 4, S. 651-672 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-112351 - DOI: 10.25656/01:11235

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-112351>

<https://doi.org/10.25656/01:11235>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 39 – Heft 4 – Juli 1993

Essay

- 551 YVONNE SCHÜTZE
Geschlechtsrollen – zum tendenziellen Fall eines Deutungsmusters

Thema: Abschied vom Erziehungsstaat?

- 563 ULRICH HERRMANN
Abschied vom Erziehungsstaat? Zur Einführung in den Themenschwerpunkt
- 567 ULRICH HERRMANN
Erziehungsstaat – Staatserziehung – Nationalbildung. Staatliche und gesellschaftliche Funktionen und Leistungen von Erziehung und Unterricht im Übergang vom Untertanenverbands-Staat zur modernen Staatsbürger-Gesellschaft
- 583 HANS-CHRISTIAN HARTEN
Der Erziehungsstaat und die liberalistische Utopie seiner Auflösung. Ein Beitrag zum bildungstheoretischen Diskurs während der Zeit der Französischen Revolution
- 603 CHRISTA BERG
Abschied vom Erziehungsstaat? Der Erziehungsanspruch im Wilhelminismus
- 631 JÜRGEN OELKERS
Erziehungsstaat und pädagogischer Raum: Die Funktion des idealen Ortes in der Theorie der Erziehung

Diskussion

- 651 GERD-JAN KROL
Ökologie als Bildungsfrage? Zum sozialen Vakuum der Umweltbildung

- 673 KLAUS MOLLENHAUER
 „Anspruch der Differenz“ und „Anspruch des Universellen“. Eine
 Marginalie zur ästhetischen Bildung
- 679 HEINZ-ELMAR TENORTH
 Profession, System, Region. Neuere bildungshistorische Veröffent-
 lichungen

Besprechungen

- 699 HANS SCHEUERL
Ulrich Amlung: Adolf Reichwein 1898–1944. Ein Lebensbild des
 politischen Pädagogen, Volkskundlers und Widerstandskämpfers
Adolf Reichwein: Schaffendes Schulvolk – Film in der Schule
- 704 STEPHANIE HELLEKAMPS
Hartmut Meyer-Wolters: Koexistenz und Freiheit. Eugen Finks
 Anthropologie und Bildungstheorie
- 707 WOLFGANG KLAFKI
F. Hartmut Paffrath (Hrsg.): Die Wendung aufs Subjekt.
 Pädagogische Perspektiven im Werk Theodor W. Adornos

Dokumentation

- 713 Pädagogische Neuerscheinungen

Contents

Essay

- 551 YVONNE SCHÜTZE
Sex Roles – On the impending fall of an interpretative pattern

Topic: Farewell to the Educational State?

- 563 ULRICH HERRMANN
Farewell to the Educational State? – An introduction
- 567 ULRICH HERRMANN
Educational State – State Education – National Education. National and social functions and achievements of education and schooling in the transition from the state as an association of subordinates to modern citizenship
- 583 HANS-CHRISTIAN HARTEN
The Educational State and the Liberalist Utopia of Its Disintegration – The theoretical debate on education at the time of the French Revolution
- 603 CHRISTA BERG
Farewell to the Educational State? – The pedagogical claims of nineteenthcentury imperial Germany
- 631 JÜRGEN OELKERS
The Educational State and Pedagogical Space: The function of the ideal locus in educational theory

Discussion

- 651 GERD-JAN KROL
Ecology – An Educational Topic? On the social Vacuum of environmental education
- 673 KLAUS MOLLENHAUER
The “claim to difference” versus the “claim to universalism” – a marginalia on aesthetic education
- 679 HEINZ-ELMAR TENORTH
Professions, schoolsystem, regional politics. Recent publications on the history of education

Reviews

699

Documentation

- 713 Recent Pedagogical Publications

GERD-JAN KROL

Ökologie als Bildungsfrage?

Zum sozialen Vakuum der Umweltbildung

Zusammenfassung

Der Beitrag nimmt kritisch Stellung zu dem in Heft 1/1992 von H. HEID veröffentlichten Beitrag zur Umweltbildung und stellt ein Gegenkonzept vor. An HEIDS Thesen wird vor allem bemängelt, daß die zentralen Annahmen, v. a. die Konfliktthese, als Erklärung der Kontinuität von Umweltproblemen unzureichend sind und auch keine realistischen Lösungen anbieten. Der hier vorgestellte „sozialökonomische“ Ansatz dagegen kann sowohl das Verhalten der Beteiligten plausibel erklären als auch, im Marktmechanismus, ein Medium der Steuerung anbieten, das ökologisch erwünschte Folgen eher zu erzeugen vermag.

Im ersten Heft des Jahres 1992 dieser Zeitschrift hat HELMUT HEID unter dem Titel „Ökologie als Bildungsfrage?“ eine Zwischenbilanz zu Stand und Perspektiven einer angemessenen Umweltbildung vorgelegt (HEID 1992). Seiner dort gegebenen Analyse wird hier auch aus sozialökonomischer Sicht in weiten Teilen gefolgt.

Seine überzeugenden Argumente für eine Sicht der Umweltproblematik, die die Bewertung von Naturzuständen durch Menschen zum Ausgangspunkt nimmt (statt Eigenrechte der Natur), implizieren gleichzeitig auch Bewertungen konkurrierender Nutzungen. Sie können damit auf dem heutigen (zu) hohen Niveau der Umweltinanspruchnahme die faktische Verwendungskonkurrenz zwischen den einzelnen Umweltleistungen, ihre Knappheit und angesichts der damit verbundenen Folgen in Form von Nutzungsverzichten auch die Notwendigkeit eines sparsameren Umgangs mit Natur als umfassende und permanente Gestaltungsaufgabe deutlich machen. Seine Kritik an der Moralisierung von Umweltproblemen und an der Individualisierung der „Lösungsansätze“ ist angesichts der gegenwärtigen Praxis der Umweltbildung von besonderer Bedeutung, weil hier nicht selten die Wirkungsgrenzen individuellen Handelns marginalisiert werden und der sozialökonomisch zu begründende strukturelle Kern des Problems außer acht gelassen wird.¹

Nachdrücklich stütze ich seine Kritik an Operationalisierungen der didaktischen Kategorie „Betroffenheit“,

- die in der Praxis der Umwelterziehung häufig zu einer faktischen Begrenzung auf die (reaktive) Konsumentenrolle führt,

¹ Eine empirische Untermauerung findet sich beispielsweise auf der Basis einer Analyse einschlägiger Literatur bei KAHLERT (1990a), auf der Basis einer Befragung von Lehrern des allgemeinbildenden Schulwesens in Nordrhein-Westfalen bei KROL (1991).

- die bei der gegebenen (und im arbeitsteiligen System grundsätzlich unaufhebbaren) Rollenverteilung zwischen Konsumenten und Produzenten – vermutlich ungewollt – einer Entsorgungspolitik das Wort redet, wo Vorsorge und Vermeidung das Gebot sind,
- und die ein hinreichend differenziertes Wissen über strukturelle Kerne der Ursachen und Entschärfungs-/Lösungsansätze auf einer einzelfallübergreifenden, konzeptionellen Ebene erst gar nicht zum Problem werden läßt.

Was folgt aus der diagnostischen Basis für die Umweltbildung? HEID verweist hier auf die Erarbeitung eines möglichst differenzierten Wissens zur Problemstruktur (HEID 1992, S. 132f.), für dessen Operationalisierung er eine Reihe von Anregungen gibt. Der Beitrag läßt keinen Zweifel daran, daß hierzu normologisches Wissen auch über gesellschaftliche Faktoren, diagnostisches Wissen über wichtige Ursachen der Problemstellung und prognostisches Wissen über tragfähige Ansätze zu ihrer Entschärfung gehört. Er plädiert für eine Ergänzung der bisher vorherrschenden naturwissenschaftlich-ökologischen Perspektive um eine theoretisch begründete, gesellschaftliche, sozialökonomische Perspektive. Gerade hier ergeben sich jedoch Rückfragen. Sie beziehen sich auf das Erklärungs- und „Lösungspotential“ eines von HEID gewählten soziologisch-konflikttheoretischen Ansatzes zur Analyse des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Bereichs, der m. E. nicht nur zu Inkonsistenzen in der Argumentation führt, sondern auch bildungsrelevante, strategische Ansatzpunkte für Problementschärfungen aus dem Blickfeld ausschließt.

Um dieses zu verdeutlichen, soll dem von HEID gewählten Erklärungsansatz in der hier gebotenen Kürze im folgenden eine sozialökonomisch-kooperationstheoretisch gegründete Analyse der Ursachen der Umweltproblematik gegenübergestellt werden. Und nur aus Gründen der Klärung der analytischen Grundlagen wird hier kontrastierend entwickelt, was im Sinne ökopädagogischen Bemühens komplementär gemeint ist und in sich ergänzender, ein angemesseneres Problemverständnis ermöglichender Beziehung steht. Der sozialökonomische Ansatz hilft, zentrale Probleme, mit denen Umweltbildung und Umwelterziehung konfrontiert sind, theoretisch elaborierter und lösungsorientierter zu strukturieren, als es im Beitrag von HEID geschehen ist. Er kann einen eigenständigen Beitrag „... zur Entfaltung der Kompetenz, die zur kritischen Reflexion, Überprüfung, Revision und permanenten Erneuerung dieser Praxis befähigt“ (HEID 1992, S. 133), leisten.

1. „Das“ Umweltproblem in der Perspektive des Beitrages von H. HEID

Die im einzelnen sehr komplexe Umweltproblematik kann durch zwei Fragen eingefangen werden:

- Warum schädigen Menschen die natürliche Umwelt, obwohl sie doch eine intakte Umwelt wollen? Dies ist die Frage nach den *Ursachen*.
- Wie können Verhaltensmuster befördert werden, die auf der Inputseite mit permanenten Ressourceneinsparungen und auf der Outputseite mit anhal-

tenden Emissionsverringerungen verbunden sind? Dies ist die Frage nach wirksamen „Lösungsansätzen“.

HEID thematisiert die erste Frage explizit und ausführlich. Zur zweiten Frage finden sich eine Reihe von im Tenor skeptischen und methodologisch normativ begründeten Aussagen. Ich konzentriere mich hier auf die erste Frage und werde die zweite gegen Ende dieser Replik mitzubeantworten versuchen.

HEID nennt die Tatsache, daß kein Mensch sich den Zweck setzt, die Umwelt zu schädigen, und die gleichzeitige Beobachtung, daß Umweltschädigungen unvergleichliche Ausmaße angenommen haben, eine Paradoxie (HEID 1992, S. 128). Er benennt damit ausdrücklich ein Problem, welches in ökopädagogischen Beiträgen i. d. R. als nicht weiter reflektierter Ausgangspunkt in dem Bemühen um den Aufbau eines „ökologischen Bewußtseins“ genommen wird. Der Begriff „Paradoxie“ ist konsequent, wenn man die gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse menschlichen Handelns – hier die Umweltbeeinträchtigungen – aus den Zwecken, Zielen und Motiven der Menschen – in der Logik des hier diskutierten Beitrages besser: der Personen – ableitet. Es liegt in der Struktur dieses Denkansatzes begründet, daß gesellschaftliche und wirtschaftliche Problemlagen dann nur mit Fehlverhalten relevanter Akteure *erklärt* werden können. Differenzierungen ergeben sich allenfalls noch nach unterschiedlichen Handlungspotentialen, wie sie sich beispielsweise aus der jeweils eingenommenen Position in der sozialen Struktur der Gesellschaft ergeben.

HEID erklärt die „Paradoxie“ mit einem soziologisch-konflikttheoretischen Ansatz, der – von tiefem Mißtrauen gegen Markt und Wettbewerb geprägt – sich in Analogie zu dem von CLAUS OFFE für das Dilemma der Verbraucherpolitik geprägten Satz zusammenfassen läßt: in der Umweltpolitik sind die an intakter Umwelt Interessierten schwach und die Starken bestenfalls desinteressiert (vgl. OFFE 1981, S. 122). Als schwach gelten die Konsumenten, als stark gelten die Produzenten/Anbieter, bei denen die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse festgeschriebene Dominanz von Gewinnzielen eine angemessene Berücksichtigung von Umweltbelangen verhindere. Diese Deutung des „Konfliktes zwischen Ökologie und Ökonomie“ führt ohne Not in die Diskussion über das m. E. politisch nicht zur Disposition stehende Wirtschaftssystem und vermutlich – auch mangels tragfähiger Alternativen – in eine Sackgasse.

Es soll hier nicht am empirischen Gehalt der Aussage, daß Anbieter Umweltbelange häufig mißachten, gezweifelt werden. Ich sehe umweltbelastendes Verhalten jedoch gleichermaßen bei Konsumenten. Verwiesen sei auf die enormen Umweltbelastungen im Freizeit-, Urlaubs-/Tourismus- und Wohnbereich, die mit dem Argument fehlender umweltverträglicherer Wahlmöglichkeiten nicht erklärt werden können. Gesteht man zu, daß Anbieter zwar manchmal viele Verbraucher und manche auch immer täuschen können, aber nicht alle Verbraucher immer, dann besteht wenig Anlaß, die Konsumenten aus ihrer unmittelbaren Verantwortung hinsichtlich der Verursachung von Umweltschäden zu entlassen. Dies gilt selbst für die (wohl von HEID gemeinten) Umweltschädigungen, bei denen die *Urheberschaft* der Produzenten zweifelsfrei festzustellen ist. Bezüglich einer arbeitsteiligen, anonymen Industriegesell-

schaft, die auf das Leitbild selbstbestimmender Individuen nicht verzichten will, ist es zweckmäßig, zwischen der Urheberschaft und der *wirtschaftlichen Verursachung* von Umweltschäden zu unterscheiden. So ist beispielsweise ein frühmorgens mit erheblichem Lärm durch ein Wohnviertel fahrender LKW zweifelsfrei der Urheber von Lärmemissionen. Aber ist er auch der Verursacher, wenn er nur deshalb zu dieser Zeit durch das Viertel fährt, weil er die von einer hinreichenden Zahl von Bewohnern schon frühmorgens gewünschte Frischware anliefert? Diese Differenzierung zwischen Urhebern und (wirtschaftlichen) Verursachern ist für eine ökologisch wirksame Operationalisierung des Verursacherprinzips von großer Bedeutung.

Schließlich verlieren die von HEID herangezogenen sozialen Ausdifferenzierungskriterien der Umweltschädenverursachung (bei Anbietern) und Betroffenheit (bei Konsumenten) in dem Maße an Überzeugungskraft, wie Umweltschäden (und Umweltkrisen) zu einem regionenübergreifenden oder gar globalen Problem werden, dem sich dann grundsätzlich niemand mehr entziehen kann.

Damit werden HEIDS Kriterien „ökonomische Interessen“ und „Handlungsmacht“ für die Erklärung und Entschärfung der Umweltprobleme keineswegs belanglos. Aber hier wird dafür plädiert, als Ursachen von Umweltproblemen nicht nur Konfliktdimensionen zwischen den Interessen sozialer Gruppen heranzuziehen, sondern Erklärungen auch und vor allem in Konflikten zwischen Handlungsoptionen der jeweiligen Entscheidungsträger zu suchen, wie sie sich unter spezifischen Rahmenbedingungen ergeben können. Es sollten also die aus den institutionellen Rahmenbedingungen folgenden Handlungsbeschränkungen, unter denen Menschen ihre jeweiligen Ziele verfolgen, selbst zum Bestandteil nomologischer Hypothesen gemacht werden, wenn die in Frage stehenden Ergebnisse menschlichen Tuns/Unterlassens nicht unmittelbar aus den Zwecken, Zielen und Motiven abgeleitet werden können. HEID bezieht die Rahmenbedingungen insoweit in seine Analyse ein, als er die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse erzwungene Dominanz von Gewinnzielen für die fortschreitenden Umweltprobleme verantwortlich macht. Er stellt ein durch die Gesellschaftsordnung erzwungenes bzw. begünstigtes Fehlverhalten in den Mittelpunkt. Auf dieser Ebene der Diskussion bleiben aber systematische Möglichkeiten der Entschärfung der Umweltproblematik verborgen.

Damit komme ich zum zentralen Kritikpunkt aus sozialökonomischer Perspektive. Danach ist streng zwischen den Zielen und Motiven des Handelns und den gesellschaftlichen/gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen dieses Handelns zu unterscheiden. Zwar gehört es zum allgemeinen Erfahrungsschatz, daß die guten Absichten allein keine guten Ergebnisse zu garantieren vermögen, dennoch stößt die wissenschaftliche Methodologie sozialökonomischer Erklärungen, die auf dieser Unterscheidung basieren, verbreitet auf Unverständnis und Ressentiments. Schon ADAM SMITH schrieb: „Nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihre Eigenliebe und sprechen ihnen nie von unseren Bedürfnissen, sondern von ihren Vortheilen“ (SMITH 1878, S. 20). Diese fundamentale Erkenntnis, nach der der *Wohl-Stand* aller nicht bzw. nicht (nur) vom *Wohl-Wollen* der einzelnen abhängt (HOMANN/PIES 1991,

S. 608), hat J. A. SCHUMPETER später auf die Demokratie übertragen und damit die Grundlage für eine auf der gleichen Methodologie basierende ökonomische Theorie der Politik gelegt. Er schreibt: „Aber um zu verstehen, wie die demokratische Kritik diesem sozialen Ziele dient, müssen wir vom Konkurrenzkampf um Macht und Amt ausgehen und uns klar werden, daß die soziale Funktion, so wie die Dinge nun einmal liegen, nur nebenher erfüllt wird – im gleichen Sinne, wie die Produktion eine Nebenerscheinung beim Erzielen von Profiten ist“ (SCHUMPETER 1950, S. 448). LUHMANN greift diese Unterscheidung zwischen Handlungsabsichten und -ergebnissen in anderem Kontext auf, wenn er darauf verweist, daß auch die Versuche zur Entschärfung globaler Risiken riskant sind (LUHMANN 1991, S. 51, 81, 101 ff.). Mit diesem Ansatz, der bei der Bearbeitung gesellschaftlicher (d. h. auch wirtschaftlicher und politischer) Probleme klar zwischen den *Zielen und Motiven* der Entscheidungsträger und ihren *gesellschaftlichen Ergebnissen* trennt, kann der Ansatz von HEID eingeordnet und umweltpädagogisch fruchtbar weitergeführt werden. Der Autor identifiziert die Probleme dort vor allem als Fehlverhalten einer Minderheit von Produzenten. Die in sich konsistente Folgerung, auf die Änderbarkeit der Handlungen und Handlungsvoraussetzungen derjenigen abzustellen, „von deren Entscheidung Beiträge zur Bestimmung und zur Revision der Zwecke und der Durchführung schädigender Produktion erwartet werden können“ (HEID 1992, S. 133), kann als *notwendige* Bedingung akzeptiert werden. *Hinreichend* für die Frage, wie dieses denn mit Aussicht auf anhaltenden Erfolg bewirkt werden soll, ist diese Folgerung noch lange nicht. In der Regel ist dies der systematische Ort, wo zur Entschärfung der in Frage stehenden Probleme auf die Regelungs- und Kontrollkompetenz des Staates abgehoben wird. Wer genauer hinschaut, wird angesichts der großen Probleme in all jenen Bereichen, in denen der Staat direkte Verantwortung für wirtschaftliche Ergebnisse übernommen hat, Zweifel anmelden. Man muß hier nicht nur auf die gescheiterten staatsplanwirtschaftlichen Systeme hinweisen, auch die Agrarpolitik belegt eindrucksvoll, welche Fehlentwicklungen zu erwarten sind, wenn der Staat, und das heißt Entscheidungen von Politikern und Bürokraten, an die Stelle des Marktes tritt.

Die Ökonomik ist die Lehre vom Umgang mit Knappheiten, die nicht nur auf Güter und Produktionsfaktoren, sondern auch auf Ressourcen und sogar Werthaltungen und Normen angewendet werden kann². Ausgehend von den Erkenntnisinteressen der wissenschaftlichen Disziplinen bietet es sich geradezu an, die Ökonomik daraufhin zu befragen, ob sie zur Erklärung und Entschärfung der zunehmenden Knappheiten an natürlichen Umweltleistungen, als die die vielfältigen Umweltprobleme auch gedeutet werden können³, einen Beitrag leisten kann. Daß diese naheliegende Frage gerade von „moralsensiblen“ Wissenschaften nicht gestellt wird, liegt m. E. wesentlich in Mißverständnissen bezüglich der Methodologie des ökonomischen Ansatzes begründet, der gesellschaftliche Ergebnisse eben nicht unmittelbar aus Zielen und Motiven von Entscheidungsträgern ableitet. Tut man dies dennoch und löst die für den

2 Vgl. zu letzterem auch die jüngst für nobelpreiswürdig erachtete Arbeit von BECKER 1982; FLEISCHMANN 1981; MCKENZIE/TULLOCK 1984.

3 Anschaulich dazu: KROL 1986, S. 378f.

sozialökonomischen Ansatz konstitutiven analytischen Kategorien Eigennutz und Markt bzw. Wettbewerb von ihrem Paradigmenbezug, dann folgt fast zwangsläufig, daß Eigennutz und Allgemeinwohl als Gegensatz begriffen werden müssen (vgl. HOMANN 1988, S. 111 ff.). Geht man hingegen vom Paradigmenbezug der analytischen Kategorien aus, gelangt man zu anderen Erklärungen. Auch nach dem sozialökonomischen Ansatz wird nicht bestritten, daß Egoismus und Wettbewerb mit negativ erscheinenden Phänomenen belegt werden können, aber man wird immer darauf beharren, zwischen dem Regelverstoß in den *Spielzügen (Fehlverhalten)* und fehlerhaften Rahmenbedingungen, den gesellschaftlich relevanten Eigenschaftsmerkmalen der *Spielregeln (Konstruktionsfehler in der Ausgestaltung von Institutionen)* zu unterscheiden. Die Ökonomik gründet ihre Aussagen auf der analytischen Kategorie Eigennutz als *causa movens* des Verhaltens von Individuen. Es wird nicht nur gefragt, wie sich Akteure hinsichtlich der Realisierung für erstrebenswert gehaltener Ziele verhalten *sollen*, sondern auch, wie sie sich verhalten *werden*. Und ihre Empfehlungen zur Realisierung von „Allgemeinwohl“ müssen folglich auch dann tragen, wenn die gesellschaftlichen Akteure (Anbieter, Politiker, Verbraucher, Arbeitnehmer, Steuerzahler etc.) nicht allgemeinwohlorientiert, sondern eigennützig handeln (vgl. KROL 1992 a, S. 109).

Nach dem sozialökonomisch (kooperationstheoretischen) Ansatz erscheint die Tatsache, daß kein Mensch sich den Zweck setzt, die Umwelt zu schädigen, und die gleichzeitige Beobachtung verbreiteter Umweltschäden nicht als „Paradoxie“, sondern als geradezu *zwingendes Ergebnis* des Verhaltens von Konsumenten und Produzenten *unter den gegebenen Rahmenbedingungen*.

2. Umweltprobleme in sozialökonomischer Perspektive

Die sozialökonomische Erklärung von Umweltproblemen beruht auf drei Säulen:

- Aussagen über das Verhalten von Individuen („ökonomische Verhaltenstheorie“),
- Aussagen über Institutionen („Markt, Wettbewerb und Demokratie“),
- Aussagen über bestimmte gemeinsame Eigenschaften der im einzelnen sehr differenzierten Umweltproblematik.

Ich werde die Aussagen mit dem hier notwendigen Mut zur Lücke entwickeln, in Form eines prägnanten Modells zusammenfassen und dem Ansatz von H. HEID gegenüberstellen.

2.1 Die „ökonomische Verhaltenstheorie“

Die ökonomische Verhaltenstheorie basiert auf folgenden Annahmen:

- Handlungseinheit ist „das“ Individuum. Gruppen und Organisationen werden als Summe von Individuen gesehen. Gruppeninteressen sind nicht anders als summierte individuelle Interessen, jedenfalls nicht losgelöst von individuellen Interessen denkbar.

- Allen Individuen wird das Ziel unterstellt, die eigene Situation verbessern bzw. deren Verschlechterung vermeiden zu wollen. Dies ist das so häufig mißverstandene *Eigennutzaxiom*. Dieses Streben kann soziale Orientierungen mit umfassen und es muß auch keineswegs mit einer Verschlechterung der Position anderer Individuen einhergehen, wie häufig insinuiert wird. Auch besteht keinerlei Anlaß, dieses Streben nach Verbesserung der eigenen Situation auf materialistische Werte wie Geld, Güter, Einkommen etc. zu beschränken. Der Ansatz ist offen für immaterielle Werte wie z. B. soziales Ansehen, Status oder auch Macht. Konstitutiv ist allein die Hypothese, daß menschliches Verhalten dadurch motiviert ist, einen individuellen Vorteil zu erlangen bzw. zu sichern (FREY 1989, S. 71f.; ders. 1990, S. 6f.; KROL 1992 a, S. 22f.). Selbst wenn man den hypothetischen Status des Eigennutzaxioms ablehnt, genügt es hier, seinen *methodologischen Status* für eine Weile zu akzeptieren, d. h. offen zu sein für die Prüfung der relativen Erklärungskraft einer Theorie, die auf der Annahme beruht, alle Menschen handelten in ihren jeweiligen Positionen und Rollen so, daß sie jeweils ihre individuelle Situation zu sichern bzw. zu verbessern trachten.⁴
- Den Individuen wird rationales Verhalten unterstellt. Das meint, daß die Individuen nach Maßgabe der Handlungsbeschränkungen (Restriktionen), denen sie sich in konkreten Entscheidungssituationen gegenübersehen, systematisch und für eine überwiegende Mehrheit vorhersagbar aus dem Spektrum vorhandener Alternativen diejenige Variante wählen werden, die ihnen den größten Vorteil verspricht. Rationales Handeln ist durchaus mit Gewohnheitsverhalten vereinbar, beispielsweise, wenn Habitualisierung in einer sich nur mäßig verändernden Handlungsumgebung erhebliche „Informationskosten“ bei nur geringem Risiko von Fehlentscheidungen einsparen hilft. Rationales Verhalten meint, daß Individuen auf gleichartige Restriktionen in systematischer Weise reagieren werden. Ausgeschlossen wird damit, und das ist wohl die weichste Formulierung der Rationalitätsannahme, daß Individuen systematisch auf die für sie aus ihrer einzelwirtschaftlichen Perspektive vorteilhafteste Situation verzichten werden.

Verhaltensunterschiede zwischen Individuen werden dann nicht mit unterschiedlichen Zielen und Motiven der Entscheidungsträger erklärt, sondern mit unterschiedlichen Handlungsbeschränkungen, denen sich die Individuen bei der Verfolgung ihrer Ziele jeweils gegenübersehen. Erklärungsvariable für Verhalten sind nach diesem Ansatz unterschiedliche „Kosten der Zielrealisierung“, beispielsweise in Form von physischen und psychischen Belastungen, Zeit, Geld etc.

Solche „Kosten“ werden maßgeblich von den jeweils geltenden Institutionen geprägt, denen sich Individuen in der jeweiligen Entscheidungssituation gegenübersehen – von der Verfassung über Gesetze und Verordnungen bis hin zu informellen Regeln des Zusammenlebens. Die analytische Unterscheidung zwischen der Rationalität des Verhaltens von Individuen auf der einen Seite und der Rationalität von Institutionen auf der anderen Seite kann nun zu

⁴ Näheres zur Diskussion um den empirischen bzw. methodologischen Status des Eigennutzaxioms: HOMANN 1988, S. 115ff.; KIRCHGÄSSNER 1988, S. 129ff.; ders. 1991, S. 13ff.

differenzierenden Aussagen über Ursachen und „Lösungsmöglichkeiten“ von Umweltproblemen führen. Gestiegenes und z.T. ausgeprägtes Umweltbewußtsein bei gleichzeitiger Verschärfung von Umweltproblemen muß nicht mit irrationalen Verhalten erklärt werden, sondern kann auch auf rationales Verhalten unter dem Regime irrationaler Institutionen zurückgeführt werden. Zu ändern wären dann vor allem die Institutionen.

2.2 *Definierte Spielregeln für den Eigennutz: Wettbewerblich organisierte Märkte*

Der sozialökonomische Ansatz sieht das eigentliche Explanans für allgemeine Probleme in institutionellen Faktoren, die den Menschen in ihrem Streben nach Verbesserung bzw. Sicherung der eigenen Position vorgegeben sind und die auch die Spielregeln definieren, unter denen eigennützige Spielzüge Platz greifen. Für den wirtschaftlichen Bereich nehmen hier *Markt und Wettbewerb* den gleichen Rang ein wie die verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen der *Demokratie* im politischen Bereich.

Die gesellschaftliche Institution *wettbewerblich organisierter Märkte* definiert die Spielregeln, unter denen eigennütziges Verhalten von Produzenten und Konsumenten mit Allgemeinwohl vereinbar sein kann. Märkte als Lenkungs- und Steuerungsinstrumente arbeitsteiliger, interdependenter, komplexer und anonymer Wirtschaftsbeziehungen lassen eine kostengünstige Deckung von Bedarfen und einen sparsamen, wirtschaftlichen Umgang mit knappen Dingen erwarten, und es gehört zu den herausragenden Eigenschaftsmerkmalen funktionierender Märkte, auf Verknappungen grundsätzlich mit Entknappungstendenzen zu reagieren. Knappheit besagt, daß nicht alle Bedürfnisse nach Dingen, die sich in der (möglichst selbstbestimmten) Einschätzung der Individuen einer Wertschätzung erfreuen, gleichzeitig befriedigt werden können. Herrscht Knappheit, so verursacht der Nutzer eines durch Knappheit gekennzeichneten Elements (eines Gutes, einer Dienstleistung, eines Produktionsfaktors, einer Umweltnutzung etc.) i.d.R. gleichzeitig Knappheitsfolgen in Form ungestillter Bedürfnisse bei denen, die verzichten müssen, wenn einer das Element erworben hat. Soll also im anonymen gesellschaftlichen Kontext mit knappen Gütern sozial verantwortlich und nicht verschwenderisch (und das heißt: wirtschaftlich) umgegangen werden, bedarf es eines Informationssystems, welches die Nutzer über die relativen Knappheiten informiert. Im Lichte vorliegender Erfahrungen gibt es m.E. bisher trotz aller Unvollkommenheiten des Marktmechanismus kein besseres Verfahren, als das der Bewertung konkurrierender Angebote seitens der Nachfrager auf wettbewerblich organisierten Märkten.⁵ Hier entfaltet das Prinzip der Marktsteuerung seine besonderen Vorteile, insofern jede Verknappung, sofern sie sich nur in Knappheitspreisen ausdrücken kann, gleichzeitig Tendenzen zur Entknappung beinhaltet. Steigende Nachfrage nach begrenzt zur Verfügung

⁵ Eine ausführlichere sozialphilosophische Beschreibung des Lenkungssystems Markt geben BINSWANGER/BONUS/TIMMERMANN 1981, S. 84 ff.

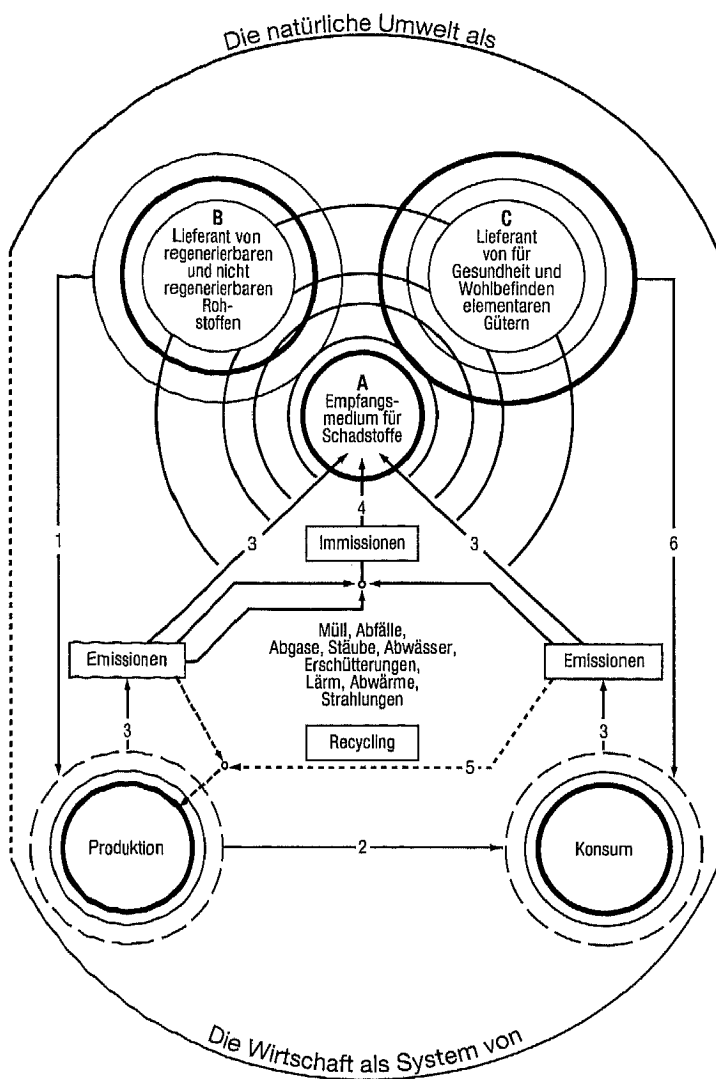
stehenden Gütern bzw. Ressourcen läßt deren Preise normalerweise steigen. Diese werden dann für die Nutzer zu (steigenden) Kosten. Gestiegene Preise signalisieren so im volkswirtschaftlichen Rechnungszusammenhang einen Anstieg der relativen Knappheit – sei es aufgrund steigender Wertschätzung der Nachfrager, sei es aufgrund steigender Kosten ihrer Produktion, Bereitstellung oder Erhaltung. Bisherige Verwendungen dieses Gutes, die angesichts des nun gestiegenen Preises mit geringerer Wertschätzung – signalisiert durch geringere Zahlungsbereitschaft – belegt sind und damit (bei ausgeglichener Einkommensverteilung) eine niedrigere Dringlichkeit signalisieren, werden von der Nutzung ausgeschlossen. Bei vermehrbaren Gütern ergibt sich gleichzeitig unter der Spielregel des Wettbewerbs der Anbieter um die kaufkräftige Nachfrage für jeden einzelnen von ihnen ein wirksamer Anreiz zur Angebotsausdehnung. Obwohl mit steigendem Angebot Preissenkungstendenzen einsetzen, sorgt die „List“ der Institution Markt, der Spielregel des Wettbewerbs, dafür, daß eine solche Angebotsausdehnung zustande kommen wird. In diesen von dem Willen und den Zielen der einzelnen Anbieter und Nachfrager völlig losgelösten gesamtwirtschaftlichen Wirkungen des Steuerungsinstrumentes Markt liegt seine die gesellschaftliche Wohlfahrt fördernde Funktion. Wohlgermerkt, dies ist eine elementare Beschreibung des Prinzips, und wie immer, so ergeben sich auch hier in der Praxis erhebliche Abweichungen vom Prinzip. Beispielsweise ist unbestritten, daß eine sehr ungleiche Einkommensverteilung und Positionen von anhaltender Marktmacht zu erheblichen Funktionsbeschränkungen führen können. Aber die Argumente für die Effizienz dieses Prinzips lassen sich nicht einfach mit dem Hinweis auf seine nur unvollkommene Realisierung entkräften (KROL 1992c, S. 534 ff.). Dies gilt insbesondere im Licht verfügbarer Alternativen.

HEIDS Ausführungen zur Bewertung von Umweltproblemen akzentuierend, können die vielfältigen Umweltschädigungen nun auch als Resultate institutionell unregelter Knappheitsphänomene gedeutet werden. Menschen haben die natürliche Umwelt immer gleichzeitig in drei Verwendungsarten genutzt:

- als für Gesundheit und Wohlbefinden elementares Konsumgut,
- als Lieferung von regenerierbaren und nicht regenerierbaren Ressourcen für die Produktion
- und als Aufnahmemedium für Schadstoffe unterschiedlichster Konsistenz und Gefährlichkeit.

In dieser durch Abbildung 1 verdeutlichten Perspektive können die im einzelnen sehr spezifischen Umweltprobleme auf den gemeinsamen Nenner gebracht werden, daß heute eine gleichzeitige Nutzung von Umweltleistungen in den drei Verwendungskategorien ohne wechselseitige Beeinträchtigungen nicht mehr möglich ist. Wer die Umwelt als Aufnahmemedium für Schadstoffe nutzt, beeinträchtigt *spürbar* die Nutzung der Umwelt als Lieferant von für Gesundheit und Wohlbefinden elementaren Konsumgütern. Die zusätzliche Inanspruchnahme einer Verwendungskategorie ist spürbar mit Nutzungseinbußen anderer Verwendungskategorien verbunden. Es herrscht *Verwendungskonkurrenz* zwischen den einzelnen Umweltleistungen, und es ist vermutlich konsensfähig, wenn daraus als zentrale Aufgabe abgeleitet wird, die angesichts der

Abbildung. 1: Beziehungen zwischen ökonomischem und ökologischem System



Quelle: Krol 1986, S. 379.

entstandenen Knappheiten und spürbaren Knappheitsfolgen entstehenden Verwendungskonflikte dadurch zu entschärfen, daß mit Umweltleistungen sparsam, so sparsam wie nur irgend möglich (d. h. wirtschaftlich), umgegangen wird.

Wenn, wie hier aufgrund der gebotenen Kürze mehr behauptet als argumentativ entwickelt wurde, wettbewerblich organisierte Märkte effiziente gesellschaftliche Institutionen zur Bewältigung von Knappheitsproblemen sind,

Abbildung 2: Dilemmastruktur des konflikttheoretischen Paradigmas		Gestaltungsmacht	
		hoch (bei Produzenten)	gering (bei Konsumenten)
Interessen an intakter Umwelt	hoch (bei Konsumenten)		Dilemmastruktur im konflikt- theoretischen Paradigma
	gering (bei Produzenten)		

warum haben sich dann Umweltprobleme, die man ja als nun für alle spürbare Verknappung von Leistungen der natürlichen Umwelt interpretieren kann, unter dem Regime von Markt und Wettbewerb entwickelt? Warum bewirken Markt und Wettbewerb nicht einen sorgsameren Umgang mit der natürlichen Umwelt?

HEID erklärt dies mit dem Interesse der relativ wenigen (mächtigen) Produzenten an Umweltbeeinträchtigungen und der Machtlosigkeit der an Umweltschutz interessierten Vielen. Die aus diesem soziologischen (konflikttheoretischen) Paradigma folgende Dilemmastruktur läßt sich durch die in der Abbildung 2 dargestellte Matrix veranschaulichen. Die Dilemmakonstellationen der Erklärung von HEID werden in den beiden Feldern der Diagonalen abgebildet. Welche ökopädagogischen Schlußfolgerungen aus dieser Diagnose zu ziehen sind, bleibt jedoch unklar.

Es ist aber weder notwendig noch aus sozialökonomischer Sicht zweckmäßig, den Produzenten/Anbietern im Gegensatz zu den Konsumenten ein *urwüchsiges* Interesse an Umweltschädigungen zu unterstellen.

Die Antwort auf die sich dann aufdrängende Frage, warum es unter dem Regime von Markt und Wettbewerb zu so gravierenden Umweltbeeinträchtigungen kommt, fällt leicht, wenn man die analytische Basis Eigennutz als Triebkraft menschlichen Verhaltens (der Spielzüge) nicht nur um die gesellschaftliche Institution Markt und Wettbewerb als Spielregel zur gemeinwohl-orientierten Lenkung der eigennützigen Spielzüge erweitert, sondern als ein drittes analytisches Element die „Kollektivguteigenschaft“ einer intakten Umwelt (aber auch von Maßnahmen zu ihrer Erhaltung) hinzufügt. Auf Umweltprobleme kann das für Erklärungen von Dilemmastrukturen zwischen individueller und gesellschaftlicher Rationalität so grundlegende „Kollektivguttheorem bzw. das Theorem der Öffentlichen Güter“ erkenntnisfördernd angewendet werden⁶.

6 Grundlegend für Markt und Demokratie: OLSON 1968; übertragen auf die Umweltprobleme beispielsweise BINSWANGER et al. 1981, S. 96 ff.

2.3 Das Theorem „Öffentlicher Güter“ als diagnostische Basis von Umweltproblemen

Die Funktionsfähigkeit von Märkten hängt wesentlich davon ab, inwieweit die am Wirtschaftsprozess Beteiligten mit den gesamten Folgen ihres wirtschaftlichen Verhaltens konfrontiert werden, inwieweit „Kosten“ und „Nutzen“, welche die Entscheidungsträger verursachen, diesen auch zugerechnet werden. Die Bewertung der Nutzen und Kosten wirtschaftlicher Aktivitäten erfolgt über Preise, und eine notwendige Bedingung für die Zurechnung der Handlungsfolgen im Markt ist dann, daß sich Nutzen und Kosten (in der Selbsteinschätzung der Marktteilnehmer) auch umfassend in Marktpreisen widerspiegeln können. Dies setzt voraus, daß all diejenigen von der Nutzung eines knappen Gutes ausgeschlossen werden können, die nicht bereit (oder nicht in der Lage) sind, einen (die Bereitstellungskosten deckenden) Preis zu zahlen. Warum ist dieses so wenig solidarisch klingende, aber für die Stabilität einer anonymen Solidargemeinschaft grundlegende Prinzip so wichtig? Dies wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß es viele Güter und Leistungen gibt, für die dieses Ausschlußprinzip von Preisen nicht zur Anwendung kommen kann, weil der Nutzen breit streut und nicht auf diejenigen beschränkt werden kann, die sich zwingend über einen zu zahlenden Preis an den Kosten der Erstellung oder Erhaltung der Leistung beteiligen. Dies sind die sogenannten „öffentlichen Güter“ bzw. „Kollektivgüter“. Staatliche Leistungen wie die Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit, Küstenschutz, aber auch unentgeltlicher Zugang zu Bildungsinstitutionen und Teilen der Verkehrsinfrastruktur gehören ebenso dazu wie Umweltnutzungen und Maßnahmen zur umfassenden Verbesserung der Umweltqualität. Die Bereitstellung bzw. Erhaltung öffentlicher Güter verursacht (u. U. erhebliche) Kosten. Aber diese Kosten müssen bisher eben nicht von denjenigen getragen werden, die hieraus den Nutzen ziehen. Dies hat weitreichende Konsequenzen.

Die auf den Märkten getauschten Leistungen zeichnen sich dadurch aus, daß die Nutzer dieser Leistungen sich zwingend an den Kosten ihrer Bereitstellung beteiligen müssen. Wer den Preis nicht zahlt – aus welchen Gründen auch immer –, wird von der Nutzung der Leistung ausgeschlossen. Und nur weil das so ist, finden sich im Markt Produzenten, die all diejenigen Güter und Leistungen anbieten werden, die von den Konsumenten mit einer hinreichenden Zahlungsbereitschaft belegt werden.

Öffentliche Güter, wie z. B. saubere Luft, intakte Landschaft, Ruhe oder unbelastete Fließ- und Küstengewässer etc., lassen sich aber nicht stückeln und auf einzelne Nachfrager aufteilen. Der Nutzen dieser Güter streut. Sie können nur insgesamt oder überhaupt nicht angeboten werden. Werden sie aber angeboten, kann der *einzelne* sie nutzen, ohne daß er sich zwingend an den Kosten ihrer Bereitstellung oder Erhaltung beteiligt haben muß. Dann besteht ein systematischer *Anreiz*, die Leistung zu nutzen, die „Kosten“ der Bereitstellung (in Form von Geld, Zeit, physischen und psychischen Belastungen) aber zu meiden. Hinzu kommt, daß aus der Perspektive der individuellen Entscheidungssituation – und dies gilt für Unternehmen und Konsumenten gleichermaßen – umweltverträglichere Verhaltensweisen in der Regel fühlbare

Abbildung 3: Umweltprobleme als „Gefangenendilemma“			
		Verhalten der anderen Konsumenten/Produzenten	
		umweltverträglich	nicht umweltverträglich
Einzlr. Konsument./Produzent	umweltverträglich	Nutzen 25 EH ./ Kosten 15 EH Nettonutzen + 10 EH	Nutzen 0 EH ./ Kosten 15 EH Nettonutzen -15 EH
	nicht umweltverträglich	Nutzen 25 EH ./ Kosten 0 EH Nettonutzen + 25 EH	

und sichere Kosten in Form von Geld, Zeit, Aufgabe von Bequemlichkeit etc. mit sich bringen, die als *Einzelbeitrag* aber wiederum keine spürbare Verbesserung der Umweltqualität bewirken können. Diese käme erst später und nur dann zustande, wenn gleichgerichtetes Verhalten einer hinreichenden Zahl von Produzenten und Konsumenten gewährleistet werden könnte. Damit besteht in einer durch anonyme Tauschbeziehungen gekennzeichneten Industriegesellschaft bezüglich der Umweltproblematik ein *systematischer Anreiz* zum Einnehmen einer *Außenseiter- bzw. Trittbrettfahrerposition*. Dies heißt für den einzelnen (Konsumenten, Produzenten, Politiker auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene), für Verbesserungen der Umwelt zu plädieren und Umweltleistungen auch in Anspruch nehmen zu wollen, aber gleichzeitig permanent der Versuchung ausgesetzt zu sein, die Kosten und Unbequemlichkeiten der Herbeiführung von Umweltverbesserungen selbst zu meiden. Das erkenntnisfördernde Ergebnis dieses Ansatzes ist, daß dann trotz eines von den Individuen als dringlich eingestuften Bedürfnisses im Markt kein hinreichendes Angebot zur Befriedigung dieses Bedürfnisses zustande kommt.

Es erscheint hilfreich, die Dilemmastrukturen nach dem sozialökonomischen Ansatz mit den Dilemmastrukturen des von Heib gewählten soziologisch-konflikttheoretischen Ansatzes zu kontrastieren. Hierzu eignet sich m. E. ein Modell, welches die sozialökonomische Problemperspektive auf den analytischen Kern reduziert abbildet. Wir nehmen an, daß die Individuen nicht systematisch auf die für sie in ihrem individuellen Entscheidungskontext vorteilhafteste Alternative verzichten werden. Wir unterstellen – ohne Erkenntnisverlust für unsere Fragestellung –, daß alle Individuen gleichermaßen von den Vorteilen umweltverträglicheren Verhaltens und den Kosten zu ihrer Herbeiführung betroffen sind. Wir unterstellen drittens, daß – alles zusammengekommen – die Vorteile umweltverträglicheren Verhaltens die Nachteile der Verhaltensänderungen überwiegen, so daß sich alle, wenn es denn zu diesen Verhaltensänderungen käme, besserstellen würden. Nur aus Gründen der Darstellung beziffern wir die Vorteile umweltverträglichen Verhaltens für jedes

Individuum mit 25 Einheiten und die zu ihrer Herbeiführung aufzuwendenden „Kosten“ mit 15 Einheiten. Dann kann die Dilemmastruktur in sozialökonomischer Perspektive durch Abbildung 3 dargestellt werden.

Unter diesen Annahmen würde umweltverträglicheres Verhalten jedem Mitglied dieser Gesellschaft einen Nettovorteil von 10 Einheiten ermöglichen. Unter Zugrundelegung dieser Problemstrukturierung konzentriert sich das Bemühen von Umweltbildung und Umwelterziehung auf die Vermittlung desjenigen Wissens (einschließlich der Wertbesetzung dieses Wissens), welches durch die Struktur des Feldes I abgebildet werden kann: Verhaltensänderungen („Kosten“) als Voraussetzung für höher zu gewichtende Ziele wie Existenzsicherung, Abwehr von Gesundheitsgefährdung etc. (KAHLERT 1991, S. 104 ff.; ders. 1990b, S. 506 ff.; KROL 1991, S. 29 ff.). An diese durch das Feld I repräsentierte Konstellation wird die Erwartung geknüpft, daß eine freiwillige Verhaltensänderung zustande kommt. Und diese Erwartung bestünde auch in sozialökonomischer Perspektive zu Recht, wenn der einzelne seine Situation nur dadurch verbessern könnte, daß die Vereinnahmung des Nutzens von 25 Einheiten zwingend die Übernahme des individuellen Kostenbeitrages von 15 Einheiten voraussetzte. Dieses Strukturmerkmal privater Güter fehlt jedoch i. d. R. bei Umweltproblemen. Das Gut Umwelt hat den Charakter eines öffentlichen Gutes. Dann kann der *einzelne* seinen Vorteil dadurch um weitere 15 Einheiten erhöhen, daß er seinen Kostenbeitrag in der Erwartung verweigert, daß die anderen die mit umweltverträglicherem Verhalten verbundenen Kosten an Zeit, Geld, Mühen etc. von 15 Einheiten schon tragen werden. Für den einzelnen besteht dann ein *systematischer Anreiz*, vom Feld I in das Feld II auszuweichen. Hierin liegt der strukturelle Kern des Problems. Die gesellschaftlichen Strukturen genommen, wie sie sind, besteht für jeden einzelnen ein Handlungsanreiz, Feld II zu besetzen, und das heißt, für eine intakte Umwelt zu plädieren, aber den eigenen Verhaltensbeitrag zur Herbeiführung einer intakten Umwelt zu verweigern. Und es erscheint im Lichte empirischer Beobachtungen (aber auch verhaltenstheoretischer Untersuchungen, die belegen, daß Individuen eher nach Strategien der Reduktion von Entscheidungsbelastung suchen) im Ergebnis unwahrscheinlich, daß man dem Anreiz zum Ausweichen in das Feld II in dem für wirksame Problemlösungen notwendigen Maß widerstehen wird. Dieser Anreiz wirkt für die einzelnen Produzenten ebenso wie für die einzelnen Konsumenten, Kommunen, Bundesländer und Staaten im internationalen Rahmen. Damit ist in keiner Weise ausgeschlossen, daß alle Menschen (oder die überwiegende Mehrheit) in bestimmten Situationen umweltverträglicher handeln oder bestimmte Menschen sich bemühen, in allen Situationen umweltverträglichere Verhaltensweisen zu praktizieren. Letztere sind durch Feld III repräsentiert. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Feld III sagt nicht, daß punktuelles Bemühen aller oder umfassendes Bemühen weniger Individuen ohne Nutzen sei. Feld III steht allein für die Aussage, daß auf diese Weise keine spürbaren Verbesserungen der Umweltqualität insgesamt erreicht werden können. Dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß das von allen gewünschte und für alle potentiell vorteilhafte Ergebnis verbesserter Umweltqualität durch Markt und Wettbewerb *ohne weiteres* nicht zustande kommt (Feld IV). Dies schließt die Relevanz der von HEID in den Mittelpunkt gestellten Erklärungsvariable, näm-

lich Desinteresse der Anbieter, nicht aus. Aber dieser Ansatz zeigt, daß selbst für den Fall, daß Anbieter an einer intakten Umwelt interessiert sind, Dilemmastrukturen auftauchen, die strategisches Verhalten in Form des Einnehmens der Trittbrettfahrerposition erwarten lassen. In einer funktionalen Perspektive kann die gesellschaftliche Rolle der Unternehmen auch so beschrieben werden, daß sie als Interpreten von Konsumentenwünschen agieren und nach kostengünstigen Problemlösungen suchen. Erst in der *Reaktion* der Nachfrager erweist sich die Angemessenheit der Unternehmensentscheidungen. Diese Akzentuierung der reaktiven Konsumentenrolle läßt all diejenigen individualpolitisch ausgerichteten Ansätze der Umweltbildung und Umwelterziehung in einem kritischen Licht erscheinen, die über Veränderungen des Konsumentenverhaltens eine Problemschärfung erreichen wollen. Abgesehen davon, daß diese Ansätze am Ende des Produktions- und Konsumprozesses ansetzen und häufig in Entsorgungsfragestellungen münden, wird hier die konzeptionelle Tragfähigkeit dieses Ansatzpunktes in Frage gestellt. Wir stimmen also ausdrücklich der Aussage von HEID zu, daß es im Sinne der Stärkung des Vorsorgeprinzips vorrangig um Veränderungen im Bereich der Produktion gehen muß. Allerdings unterscheidet sich die diagnostische Basis (und damit vermutlich auch die Therapie, die HEID nicht expliziert) grundlegend. Wenn es die gesellschaftliche Funktion der Unternehmen ist, kostengünstige Problemlösungen zu suchen, dann bleibt, so wie die Dinge gegenwärtig liegen, die Nutzung der Umwelt für die Unternehmen (aber nicht nur für sie) konkurrenzlos billig. Das bestehende, historisch gewachsene Bewertungssystem, an dem Unternehmen ihre Entscheidungen im übrigen ausrichten sollen, nämlich die Preise von Gütern und Produktionsfaktoren, signalisieren den Unternehmen gegenwärtig (immer noch weitgehend), daß die Inanspruchnahme von Umweltleistungen keine Knappheitsfolgen, keine Nutzeneinbußen an anderer Stelle, keine Kosten für Dritte hervorruft. Und dies trotz vorliegender Schätzungen über die sogenannte „ökologische Schadensbilanz“. L. WICKE kommt für Mitte der achtziger Jahre auf Schäden von mindestens 103 Mrd. DM pro Jahr (WICKE 1986, S. 123), das renommierte Fraunhofer-Institut für Systemtechnik gibt in einer gerade vorgelegten Untersuchung die jährlichen Umweltkosten allein für Westdeutschland mit 610 Mrd. DM an, das entspricht mehr als einem Fünftel des jährlich erwirtschafteten Sozialproduktes (Wirtschaftswoche 1992, S. 14). Solange Umweltleistungen (weitgehend) zum Nulltarif in Anspruch genommen werden können, ist Übernutzung von Umweltleistungen die voraussehbare und zwingende Folge. Unternehmen und Konsumenten verhalten sich so, wie man es im übrigen von ihnen erwartet: Sie wählen die für sie aus ihrer Sicht jeweils vorteilhafteste Alternative, so wie es auch Leitziele zur schulischen Verbrauchererziehung beschreiben. So gesehen sind Umweltprobleme das *Ergebnis rationalen Verhaltens* von Produzenten und Konsumenten *unter dem Regime irrationaler Institutionen*, nicht das Ergebnis von Fehlverhalten. Nicht Markt und Wettbewerb als solche sind für Umweltprobleme verantwortlich zu machen, sondern ein Konstruktionsfehler in der institutionellen Ausgestaltung.

Damit läßt sich nun die (für viele ökologisch Engagierte vorentschiedene) Frage nach dem Beitrag von Markt und Wettbewerb zur Entstehung und Verschärfung von Umweltproblemen theoretisch fundiert, empirisch überprüfbar

und lösungsorientiert beantworten. Märkte sind wirksame gesellschaftliche Institutionen im Umgang mit Knappheiten. Sie reagieren systematisch auf zunehmende Verknappung mit Entknappungstendenzen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sich Veränderungen der Knappheiten in den Preisrelationen als den Lenkungssignalen für wirtschaftliche Entscheidungen widerspiegeln können. Nun sind Umweltleistungen faktisch knapp geworden, ohne daß das die wirtschaftlichen Entscheidungen maßgeblich bestimmende Bewertungssystem diese Knappheiten anzeigen würde. Deshalb kann es unter diesen Bedingungen im Wettbewerb nur in dem Maße Fortschritte in Richtung eines schonenden Umgangs mit der natürlichen Umwelt geben, wie sich ein solches Verhalten – individuelle ethisch fundiert oder durch die Regelungs- und Kontrollkapazität des Staates erzwungen – gegen das dominante Bewertungssystem durchsetzen kann (s. u.). Die Kosten und Preise von in Produktion, Ge- und Verbrauch umweltbelastenden Gütern und Aktivitäten sind im Vergleich zu umweltverträglicheren Alternativen zu gering. In einer Gesellschaft, in der sich die Entscheidungen der Produzenten und Konsumenten (und auch der Politiker) maßgeblich an den relativen Kosten von Handlungsalternativen orientieren, ist dann die (auch ungewollte) Förderung umweltbelastender Produktions- und Konsummuster bei gleichzeitiger Diskriminierung ihrer bekannten (und wichtiger noch: unbekannten, aber prinzipiell zu entdeckenden) umweltverträglicheren Alternativen die zwingende und voraussehbare Folge. Zwingend und voraussehbar deshalb, weil es in einem marktwirtschaftlichen System die Aufgabe von Unternehmen ist, nach kostengünstigen Problemlösungen zu suchen. Und es ist die Aufgabe der i. d. R. nach Reduktion von Entscheidungsbelastung strebenden Konsumenten, ihren Bedürfnissen entsprechende, kostengünstige Problemlösungen mit Zufuhr von Nachfrage zu honorieren. Und wenn die Umwelt zum Nulltarif in Anspruch genommen werden kann und Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltleistungen mit i. d. R. erheblichen Kosten verbunden sind, dann gibt es keinen *Anreiz*, sich um eine Reduzierung von Umweltbeanspruchungen zu bemühen. Im Gegenteil, Unternehmen werden sich (mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Mitteln) gegen lediglich Kosten verursachende Investitionen in Vermeidungstechnologie ebenso zur Wehr setzen, wie Konsumenten insgesamt umweltverträglichere, aber teurere Marktangebote ignorieren werden.

Würde hingegen die *Inanspruchnahme von Umweltleistungen* selbst zu Kosten (statt der Maßnahmen zur Verringerung der Inanspruchnahme von Umweltleistungen), so daß die Kosten- und Preisrelationen auch Auskunft gäben über das Maß der Umweltbeanspruchungen (statt lediglich über das Maß der auferlegten Verringerungen von Umweltbelastungen durch Umweltschutzzinvestitionen), würden umweltbelastende Produktions- und Konsummuster im Vergleich zu umweltverträglicheren relativ teurer, die Nachfrage entsprechend geringer und Forschung und Entwicklung sowie Innovationen in umweltgünstigere Alternativen attraktiver.

3. Grundsätzliche Ansatzpunkte zur Problemschärfung

In dieser Sicht liegt die zentrale Ursache für die Entstehung und Verschärfung der Umweltprobleme, in der falschen Bewertung von Umweltleistungen, im (weitgehenden) Nulltarif von Umweltleistungen, im zu hohen „Öffentlichkeitsgrad“ der faktisch knapp gewordenen elementaren Ressource natürliche Umwelt. Die Ursache liegt nicht in der Wirkungsweise von Markt und Wettbewerb als solchen, sondern in einem *Konstruktionsfehler* hinsichtlich der institutionellen Ausgestaltung. Solange sich umweltverträglicheres Verhalten von Konsumenten und Produzenten eben wegen der (historisch zugewachsenen) Abwälzungsmöglichkeiten der mit der Inanspruchnahme von Umweltleistungen verbundenen Handlungsfolgen auf Dritte gegen die in der Regel verhaltensbestimmenden Eigeninteressen durchsetzen muß, bleibt es *systematisch erschwert*, statt gefördert. Die *Fehlleitung von Eigennutz* durch Defizite in der institutionellen Ausgestaltung, nicht Eigennutz selbst, sind in dieser Sicht die eigentlichen Ursachen fortschreitender Umweltzerstörung in der Marktwirtschaft.

Diese Diagnose hat für Umweltpolitik und Umweltbildung weitreichende Konsequenzen. Statt, wie HEID vorschlägt, das absichtsvolle „Fehlverhalten“ der Anbieter durch staatliche Vorgaben und Kontrollen zu bändigen (Abreize), geht es nach dem sozialökonomischen Ansatz vor allem darum, Anreize für umweltfreundlicheres Verhalten zu schaffen. HEID setzt darauf, daß umweltverträglicheres Verhalten durch Gesetze oder sonstige geeignete Maßnahmen erzwungen wird. Damit verweist er auf das *Konzept der administrativen, einzelfallbezogenen, ordnungsrechtlichen Umweltpolitik*, die ihre Vorteile bei einer unmittelbaren Gefahrenabwehr entfalten mag, die aber nicht in der Lage ist, auf mittlere und längere Sicht dem Vorsorgeprinzip umfassend Geltung zu verschaffen. Dies ist vielfältig theoretisch abgeleitet, exemplarisch dargestellt und empirisch belegt. Hierauf kann an dieser Stelle im einzelnen nicht eingegangen werden (BINSWANGER/BONUS/TIMMERMANN 1981; WICKE 1991; KROL 1986; ders. 1992c, S. 537ff.). Im Kern laufen die Argumente gegen eine administrative, einzelfallregulierende Umweltpolitik darauf hinaus, daß der Staat

- bei Zielkonflikten stärker und häufiger als von einem gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus notwendig zu Lasten umweltpolitischer Ziele entscheidet (Erpressbarkeit von Politik),
- bestenfalls verbieten oder aus einem Spektrum bekannter Alternativen auswählen kann („Feuerwehrprinzip“ der Umweltpolitik mit der häufigen Folge von langfristigen Problemverlagerungen),
- aber eine denkbar ungeeignete Institution zum Auffinden neuer, bisher unbekannter Problemlösungen ist (Vermeidung und Vorsorge durch permanent fortzuentwickelnden „integrierten“ Umweltschutz statt Entsorgung).

Kurz, der Staat kann (und muß dort, wo ökologisch unabweisbar) mittels der Auflagenpolitik Bekanntes ge- bzw. verbieten. Er kann aber nicht Unbekanntes vorschreiben. Mit POPPER und in einer Formulierung DAHRENDORFS: In einer Welt der Ungewißheit kommt alles darauf an, die Kosten des Irrtums so gering wie möglich zu halten. Hieraufhin sind Institutionen zu befragen. Markt

und Wettbewerb haben hier unbestreitbare Vorzüge, die auch für umweltpolitische Fortschritte nutzbar sind, vorausgesetzt, Politiker können für die Setzung der Rahmenbedingungen sorgen, die für ein Wirken von Markt und Wettbewerb in umweltpolitisch erwünschter Richtung notwendig und hinreichend sind. Konkreter: Statt durch Ge- und Verbote im Einzelfall zu reglementieren und den Nutzern von Umweltsleistungen konkrete Handlungsalternativen vorzuschreiben (womit immer auch gleichzeitig ein bestimmtes Restverschmutzungsniveau zum konkurrenzlos billigen Nulltarif gewährt und festgeschrieben wird), könnte der Staat, wo immer möglich und ökologisch vertretbar, die Inanspruchnahme der Umweltsleistungen selbst mit „Preisen“ belegen, so daß diese bei den Nutzern als Kosten erscheinen. Erst dann werden im gesamtwirtschaftlichen Lenkungssystem Anreize für umweltverträglichere Verhaltensweisen freigesetzt. Wer die Umwelt weniger in Anspruch nimmt, hat nun Vorteile, statt wie bisher im Verhältnis zu den anderen zusätzliche Kosten. Immer dann, wenn der Staat hingegen nach Maßgabe bestimmter Grenzwerte bestimmte Standards vorschreibt, werden gleichzeitig die im Rahmen dieses Standards weiterhin zulässigen Umweltnutzungen zum Nulltarif gewährt. Sie sind dann konkurrenzlos billig. Im ersten Fall ergeben sich Anreize, nach Alternativen zur weiteren Reduktion der Umweltbeanspruchung zu suchen. Im zweiten Fall ergeben sich Anreize, dies nicht zu tun und für den eher ausnahmsweisen Fall, daß Staat, Bürokratie oder Experten die technische und ökonomische Machbarkeit zusätzlicher Umweltschutzinvestitionen nachweisen können, sogar Anreize, dies mit politisch schlagkräftigen Argumenten der Gefährdung von Arbeitsplätzen etc. abzuweisen.

Die von HEID präferierte Diagnose führt in sozialökonomischer Perspektive zu einem verhängnisvollen *Rollentausch*. Die für die Durchsetzung des Vorsorgeprinzips zentrale Frage der Auffindung, des Einsatzes und der Verbreitung neuer, bisher unbekannter, umweltverträglicherer Produktions- und Konsummuster wird den hierfür nachweislich nicht geeigneten Institutionen Staat und Bürokratie anheim gegeben, während das gerade unter dem Innovationsaspekt kreative Wettbewerbssystem in die Rolle eines Bremsers gedrängt wird. Wohlgermerkt, dieser verhängnisvolle Rollentausch beruht nicht auf Zielen und Motiven der Handlungsträger, sondern allein auf der irrationalen Ausgestaltung von Institutionen, unter denen Menschen ihre individuellen Interessen verfolgen.

In dieser Sicht liegen wirksame Ansatzpunkte zur Entschärfung von Umweltproblemen in einer Veränderung der Institutionen, der Spielregeln, unter denen Markt und Wettbewerb wirken. Die Individuen müssen mit den (möglichst mit den gesamten) Folgen ihres Verhaltens konfrontiert werden. Das heißt für das Umweltproblem, Umweltsleistungen, wo immer möglich, denjenigen zuzurechnen, die sie in Anspruch nehmen. Dies ist der *Grundsatz der Operationalisierung des Verursacherprinzips*, dessen Befolgung es dann allerdings mit *bestmöglichen Vorsorgewirkungen* verknüpft, und es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß gerade ökologisch Engagierte diese Operationalisierung des Verursacherprinzips mit Hinweis auf unsoziale Verteilungswirkungen (nicht selten unzulässig) erschweren (vgl. dazu KROL 1992b, S. 44). Wer Belastungen für Inanspruchnahme von Umweltsleistungen generell mit Argumenten ihrer verteilungspolitischen Wirkung ablehnt, entscheidet sich nicht

nur gegen einen wirksameren Umweltschutz, er erkennt auch, daß solche Belastungen durch Anpassungsprozesse reduziert werden können (und sollen). Nur der wird stark und anhaltend von Realeinkommenseinbußen betroffen, der sein Verhalten nicht ändert. Nur für diejenigen, für die zumutbare Wahlmöglichkeiten nicht bestehen oder auf absehbare Zeit nicht geschaffen werden können, werden die verteilungspolitischen Wirkungen zu einem sozialpolitischen Problem, welches dann mit den Mitteln der Sozialpolitik zu behandeln ist.

Ein wirksamer Umweltschutz ist – so wie die Dinge liegen – nicht zum Nulltarif zu haben. In sozialökonomischer Perspektive müssen diese zusätzlichen Kosten auch die Verbraucher als wirtschaftliche Mitverursacher von Umweltproblemen treffen. Die Kosten umweltbelastender Ge-, Verbrauchs- und Freizeitmuster müssen steigen, damit die Nachfrage nach ihnen entsprechend zurückgehen kann und *Anpassungs- und Substitutions- und Innovationsprozesse* bei Verbrauchern und Anbietern initiiert werden, die weniger umweltbelastend sind. Wichtig ist dabei der *Prozeßcharakter*. Jedes gerade erreichte Niveau kann dann zum Plafond werden, von dem aus jeweils Suchprozesse nach kostengünstigeren, und das heißt dann umweltverträglicheren Alternativen starten.

Dies ist der Kern dessen, was im Sinne der Behebung irrationaler Institutionen mit dem Begriff des „ökologischen Rahmens“ für die Marktwirtschaft bezeichnet wird. Über seine programmatische und instrumentelle Ausgestaltung muß an dieser Stelle nichts weiter gesagt werden. Zentral ist allerdings, daß die Notwendigkeit der *Schaffung* eines ökologischen Rahmens durch den Staat nicht mit der *Errichtung* gleichgesetzt werden darf. Der Staat handelt durch Politiker (und Verwaltungen), deren Verhalten in sozialökonomischer Analyse mit dem Eigennutzaxiom erklärt wird. Als Ziel wird Machterhaltung (Regierung) bzw. Machterlangung (Opposition) unterstellt. Wenn über Machterhaltung und über Machterlangung unter den verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen mittels Wahl entschieden wird, kann in der Sicht dieses Ansatzes in Analogie zum Marktbereich als Ziel der Politiker Wählerstimmenmaximierung unterstellt werden. Umweltpolitisches Handeln der Politiker wird dann nicht nur durch die ökonomischen Interessen der Anbieter begrenzt, sondern vor allem durch (erwartete) Zufuhr oder Entzug von politischer Loyalität. Die (öko)pädagogischen Konsequenzen des hier nur rudimentär angesprochenen Ansatzes zur Erklärung von Politik liegen m. E. auf der Hand: Es läßt sich nicht nur voraussagen, daß Politik in der Demokratie gleiche Stimmen ungleich behandeln wird, wenn es gutinformierte und schlechtinformierte Wähler gibt (unter Berücksichtigung des Verbandseinflusses verschärft sich das Problem), es läßt sich auch ableiten, daß eine vorsorgende Umweltpolitik nicht ohne weiteres durchsetzbar ist. Eine vorsorgende Umweltpolitik verlangt nach der hier vorgelegten Analyse eine ganz spezifische Operationalisierung des Verursacherprinzips: nämlich die möglichst umfassende Zurechnung der Handlungsfolgen auf die Verursacher, und das sind Produzenten und Konsumenten. Wo eine entsprechende Politik mit Entzug politischer Unterstützung bestraft wird, weil ihre Wirkungshypothesen nicht nachvollzogen werden können bzw. ökologisch relevante ökonomische Wirkungshypothesen durch kurzschlüssige Verteilungshypothesen verdeckt werden, gerät das Vorsorgeprinzip in eine

Dilemmasituation: Liegen (im günstigsten Fall) verlässliche Prognosen über bestimmte drohende Umweltbeeinträchtigungen vor, die nach dem Vorsorgeprinzip unverzüglich kostenerhöhende Gegenmaßnahmen erfordern, muß der politische Entscheidungsträger mit Widerspruch bis hin zum Entzug politischer Unterstützung rechnen. Wartet er ab, bis die prognostizierten Umweltschäden ein Ausmaß erreicht haben, welches ihn von der Beweislast für die Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen befreit und umweltpolitisches Handeln per Saldo mit Zufuhr politischer Unterstützung belohnt, bleibt das Vorsorgeprinzip auf der Strecke.

In dieser Sicht sind Umweltprobleme nicht Folge von Aktionen etwa einer Minderheit malevolenter Akteure, sondern Interaktionsprobleme rational handelnder Akteure unter dem Regime nicht rationaler Institutionen.

4. Zusammenfassung

Umweltbildung findet gegenwärtig in einem sozialen Vakuum statt. H. HEIDS Forderung nach Einbeziehung gesellschaftlicher Faktoren ist nachdrücklich zuzustimmen. Seinem Vorschlag zur Strukturierung des wirtschaftlich/gesellschaftlichen Bereiches wurde hier ein sozialökonomisch-kooperationstheoretischer Ansatz gegenübergestellt, der m.E. der Ökopädagogik bei der Entwicklung einer kritisch konstruktiven Perspektive helfen kann.

Während die traditionelle Umweltbildung sich fast ausschließlich auf umweltverträglicheres Verbraucherverhalten richtet, leitet HEID Handlungsanforderungen an andere gesellschaftliche Akteure – die Produzenten (und den Staat) – ab.

Das in der Realität zu beobachtende Problem der Umsetzung von Verhaltensdispositionen in konkretes Verhalten, das Dilemma zwischen bekundeter Einstellung und tatsächlichem Verhalten erfährt bei HEID keine theoretische Erhellung. Dies ist nach der paradigmatischen Struktur einer Theorie, die die Akzeptanz einer Norm immer als Argument für eine entsprechende Verhaltensdisposition nutzt, auch nicht verwunderlich. Nun gibt es aber Situationen, bei denen erst die klare Unterscheidung zwischen dem Wunsch, eine bestimmte Norm in der Gesellschaft befolgt zu sehen einerseits und der Bereitschaft, diese Norm dem eigenen Verhalten zugrunde zu legen, andererseits den Blick frei macht für sonst verborgene strukturelle Kerne. Dies gilt für alle – mit wachsender Vergesellschaftung an Zahl zunehmenden – Probleme, deren Dilemmastruktur mit den Eigenschaftsmerkmalen „Öffentlicher Güter“ beschrieben werden können. Diese Dilemmastrukturen lassen sich mit dem hier vorgestellten Ansatz fruchtbringend bearbeiten. Nach dem sozialökonomischen Ansatz ist die Kluft zwischen gestiegenem Umweltbewußtsein und wenig umweltverträglichem Verhalten nicht nur keine Paradoxie, sondern auch dort vorhersagbar, wo Akzeptanz einer Norm und normwidriges Verhalten in einer Person zusammenfallen. Der sozialökonomische Ansatz kann zur Verringerung der Kluft zwischen Bewußtsein und Verhalten beitragen, indem er verdeutlicht, daß die gültigen „Spielregeln“ Anreizstrukturen in sich bergen, die eine Umsetzung ökologieverträglicherer Verhaltensdispositionen be- und allzuhäufig auch verhindern. Er kann damit der bisher verkürzt individualetisch gegrün-

deten Umweltbildung die notwendige und auch von H. HEID reklamierte sozialetische Ergänzung bieten.

Im Lichte des sozialökonomischen Ansatzes sind die gegebenen Umweltschädigungen – von Umweltkriminalität einmal abgesehen – nicht Resultat „falscher“ oder gar moralisch verwerflicher Verhaltensweisen gesellschaftlicher Akteure. Eine therapiefähige Diagnose des Problems ist nicht vorwiegend auf der Ebene der Spielzüge zu gewinnen, sondern muß die Ebene der Spielregeln hinreichend differenziert einbeziehen. Dies impliziert für die Umweltbildung, auch zu fragen, wie die „Spielregeln“ gestaltet werden müssen und können, damit die gewünschten Eigenschaftsmerkmale der „Spielzüge“ nicht permanent gegen die Anreizstrukturen fehlleitender „Spielregeln“ durchgesetzt werden müssen.

Eben weil sich zukunftsbedeutsame Problemstrukturen in anonymen, komplexen Gesellschaften nicht allein aus den Zielen, Motiven der handelnden Menschen erklären lassen, eben weil Dilemmastrukturen zwischen dem Wunsch nach bestimmten Zuständen und dem konkreten Beitrag zu ihrer Herbeiführung bestehen, denen mit Wissen, Postulaten und Appellen allein nicht beizukommen ist, sollten Fragen der Ausgestaltung der „Spielregeln“, sozialetische Fragen also, gleichgewichtig neben Fragen der Gestaltung der Moral in den „Spielzügen“ treten. Denn die hier geforderte Umgestaltung „irrationaler Institutionen“ bedarf auch unter funktionalen Aspekten der Gebildeten. Es wäre m. E. fatal, wenn dieses „auch“ mit Instrumentalisierung von Bildung gleichgesetzt würde. „Das Heranbilden mündiger Menschen im Geiste einer universalistischen Moral“ (BRUMLIK 1992, S. 530) kann ohne eine das individuelle Fundament ergänzende sozialetische Fundierung nicht auskommen. Eine Moral, die der Individualität der Individuen zumutet, sich *systematisch* gegen individuell vorteilhafte Handlungsoptionen zu entscheiden, wird m. E. moralisch fragwürdig.

Der sozialökonomische Ansatz kann helfen – das ist die zentrale und lediglich am Beispiel der Umweltbildung exemplifizierte Aussage dieser Replik –, die Notwendigkeit einer sozialetischen Fundierung der Umweltbildung zu verdeutlichen und die Diskussion in der Dimension voranzutreiben, die dem Bildungsziel und dem Bildungsbegriff letztlich das Fundament zu liefern hat, nämlich die Dimension der Bildungsinhalte.

Literatur

- BECKER, G.S.: Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 32. Tübingen 1982.
- BINSWANGER, H.C./BONUS, H./TIMMERMANN, M.: Wirtschaft und Umwelt, Möglichkeiten einer ökologieverträglichen Umweltpolitik. Stuttgart u.a. 1981.
- BRUMLIK, M.: Zur Zukunft pädagogischer Utopien. Zeitschrift für Pädagogik, 38 (1992), S. 529–545.
- FLEISCHMANN, G.: Ökonomische Theorie der Bedürfnisbefriedigung und Wertwandel. In: Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, hrsg. v. KLAGES, H. und KMECIK, P., Frankfurt/New York 1981, S. 84–121.
- FREY, B.S.: Möglichkeiten und Grenzen des ökonomischen Denkansatzes. In: Die Ökonomisierung der Sozialwissenschaften, hrsg. v. SCHÄFER, B. und WEHRT, K., Frankfurt/New York 1989.

- FREY, B.S.: Ökonomie ist Sozialwissenschaft. München 1990.
- HEID, H.: Ökologie als Bildungsfrage. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 38 (1992), S. 113–138.
- HOMANN, K.: Philosophie und Ökonomik. In: *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*, 7. Band. Tübingen 1988, S. 99–127.
- HOMANN, K./PIES, I.: Wirtschaftsethik und Gefangenendilemma. *WiSt*, Heft 12, Dez. 1991, S. 608–614.
- KAHLERT, J.: Alltagstheorien in der Umweltpädagogik. Weinheim 1990 (a).
- KAHLERT, J.: Umwelterziehung zwischen Aufklärung und Simplifizierung. *Gegenwartskunde* Heft 4, 1990 (b), S. 503–531.
- KAHLERT, J.: Die mißverstandene Krise. *Zeitschrift für Pädagogik*, 37 (1991), S. 97–122.
- KIRCHGÄSSNER, G.: *Homo Oeconomicus*. Tübingen 1991.
- KIRCHGÄSSNER, G.: Ökonomie als imperial(istisch)e Wissenschaft. *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*, 7. Bd. Tübingen 1988, S. 129 ff.
- KROL, G.-J.: Das Umweltproblem aus ökonomischer Sicht. In: *Gegenwartskunde*, Heft 3/1986, S. 377–408.
- KROL, G.-J.: Der sozialökonomische Beitrag zur Umweltbildung und Umwelterziehung – Ergebnisse einer Lehrerbefragung. In: *Umwelterziehung Theorie und Praxis*, hrsg. v. HELLBERG-RODE, G., Münster/New York 1991, S. 17–60.
- KROL, G.-J.: Ökonomische Verhaltenstheorie. In: *Handbuch zur ökonomischen Bildung*, hrsg. v. MAY, H., München/Wien 1992 (a), S. 17–31.
- KROL, G.-J.: Umweltpolitik und Verkehr. *arbeiten + lernen*, 2. Jg., H. 6, 1992 (b), S. 38–47.
- KROL, G.-J.: Umweltprobleme aus ökonomischer Sicht – Zur Relevanz der Umweltökonomie für die Umweltbildung. In: *Handbuch zur ökonomischen Bildung*, hrsg. v. MAY, H., München 1992 (c), S. 523–546.
- LUHMANN, N.: *Soziologie des Risikos*. Berlin 1991.
- McKENZIE, R.B./TULLOCK, G.: *Homo Oeconomicus, Ökonomische Dimensionen des Alltags*. Frankfurt/New York 1984.
- OFFE, C.: Ausdifferenzierung oder Integration – Bemerkungen über strategische Alternativen der Verbraucherpolitik. *Journal of Consumer Policy* 1981, Heft 1 + 2, S. 119–133.
- OLSON, M.C.: *Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. Tübingen 1968.
- SCHUMPETER, J.A.: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 2. erw. Aufl., München 1950, S. 448.
- SMITH, A.: *Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes*, 1. Band. Berlin 1878, S. 20.
- WICKE, L.: *Die ökologischen Milliarden*. München 1986.
- WICKE, K.: *Umweltökonomie*. 3., überarb., erw. u. aktual. Aufl., München 1991.
- WIRTSCHAFTSWOCHE, Nr. 46 v. 6. 11. 1992, S. 14.

Abstract

The article is written in response to HELMUT HEID's essay on environmental education published in Vol. 1/1992 of the *Zeitschrift für Pädagogik* and is conceived as a counterconcept. The author's main critique consists in that the central assumptions on which HEID's theses, especially the thesis of conflict, are based are but an inadequate explanation for the continuity of environmental problems and do not offer realistic solutions. The "socio-economic" approach sketched in this article, however, both offers plausible explanations of the behavior of those involved and provides a control medium, i.e., the market mechanism, that is more likely to yield ecologically desirable results.

Anschrift des Autors

Prof. Dr. Gerd-Jan Krol, Institut für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Fliegerstr. 21, 48149 Münster